

Nr.:06/03

**Niederschrift über die
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates
am Montag, dem 22.09.2003
im Kulturzentrum PFL, Veranstaltungssaal**

Anwesend:

vom Rat:

Oberbürgermeister Schütz	
Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Müller
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler	Ratsherr Müller
Ratsherr Adler	Ratsfrau Multhaupt
Ratsherr Albayrak	Ratsfrau Neumann
Ratsherr Bischoff	Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsherr Blöcker	Ratsfrau Nienaber
Ratsfrau Bollerslev	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsfrau Burdick	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsfrau Conty	Ratsherr Norrenbrock
Ratsfrau Dammers (bis TOP 11.1.3)	Ratsherr Reck
Ratsfrau Diederich	Ratsherr Reinking
Ratsherr Drieling	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsherr Ellberg	Ratsherr Rosenkranz
Ratsfrau Fleming-Schneider (ab TOP 6.8.2)	Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Hartmann	Ratsfrau Scheller
Ratsherr Harzmann	Ratsherr Schwartz
Ratsfrau Hille	Ratsfrau von Seggern
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Siek
Ratsherr Kaps	Ratsherr Thole
Ratsherr Klarmann	Ratsherr Vahlenkamp
Ratsherr Dr. Knake	Ratsfrau Woltemade
Ratsherr Krummacker	Ratsfrau Würdemann
Ratsfrau Lück	Ratsherr Zietlow
Ratsherr Mühlbradt	

von der Verwaltung:

Stadträtin Meyn	Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Opphard	Pressesprecher Krogmann
Stadtbaurat Dr. Pantel	Verw.angest. Jerke als Protokollführerin
Stadträtin Niggemann	

Entschuldigt fehlen:

vom Rat:

Ratsfrau Ahrens
Ratsherr Dr. Pade
Ratsfrau Rudolph

Beginn der Sitzung: 18.10 Uhr

Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 30 und 39** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf eine Tischvorlage zu TOP 11.1.3 hin und schlägt vor, die TOPs 6.9.2 und 6.9.3 abzusetzen, da der Fachausschuss noch nicht abschließend beraten habe.

Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird mit diesen Absetzungen genehmigt.

- einstimmig -

zu 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 05/03 (öffentlicher Teil) vom 16.06.2003

Die Niederschrift (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

- einstimmig -

zu 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Schütz ergänzt, er wolle zu diesem TOP (neu: 4.3) über den aktuellen Sachstand zur Sportarena berichten.

zu 4.1 Unterrichtung des Rates über über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 Abs. 1 NGO in der Zeit vom 01.01.2003 - 07.08.2003 (Vorlage: 03/0484, Anlage 1)

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Auf den Hinweis von Ratsvorsitzenden Nehring unterbleibt eine Diskussion zu diesem TOP.

zu 4.2 Mitteilungen des Oberbürgermeisters hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 Abs. 1 NGO i.V.m. § 66 NGO (Eilentscheidung) (Vorlage: 03/0542, Anlage 2)

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Sachstand Sportarena

Oberbürgermeister Schütz berichtet, es sei ihm ein Anliegen, den aktuellen Sachstand zur Sportarena auch in der öffentlichen Ratssitzung zu wiederholen. Das Innenministerium habe gegenüber der bisherigen För-

derzusage in Höhe von 2 Mio. € den Zuschuss auf 0,5 Mio. € reduziert, die allerdings für dieses Jahr zugesagt seien. Weitere Mittel aus Lotto-Toto-Stiftung ständen lt. Mitteilung des Innenministeriums nicht zur Verfügung. Aufgrund des nun offenen Finanzierungsanteils von 1,5 Mio. € habe man sich mit einer hochrangig politisch besetzten Delegation verabredet, mit Innenminister Schönemann das Gespräch zu suchen, um eine Absicherung der Finanzierungslücke zumindest im Jahre 2005, bei Abschluss der Baumaßnahme, zu erreichen. Des Weiteren habe es eine Abweichung zu der ursprünglichen Kostenschätzung in Höhe von 8,18 Mio. € gegenüber einer Kostenberechnung von 11,5 Mio. € gegeben. Dies habe dazu geführt, dass mit den Architektenpartnern einige Maßnahmen zurückgefahren worden seien, z. B. im VIP-Bereich, bei der Bestuhlung und bei der sonstigen Ausstattung, so dass man nun auf eine Summe von 8,979 Mio. € komme. Die Differenz von 0,8 Mio. € werde aber über Sponsorengelder abgedeckt werden können.

zu 5 Einwohnerfragestunde

- liegen nicht vor -

zu 6 Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse

zu 6.1 Verwaltungsausschuss vom 25.08.2003 und 08.09.2003

zu 6.1.1 Bildung einer Einigungsstelle nach dem Nds. Personalvertretungsgesetz

(Vorlage: 03/0460, Anlagen 3, 4, 5 und 6)

- einstimmig -

Die Beisitzerinnen und Beisitzer der Dienststelle und deren Vertreterinnen und Vertreter werden durch Zuruf aufgrund jeweils eines Wahlvorschlages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gewählt. Die Wahlen haben folgende Ergebnisse.

- 1) Beisitzer: Ratsherr Bernd Bischoff
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 2) Beisitzer: Ratsherr Heinz Harzmann
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 3) Beisitzer: Ratsherr Nils Krummacker
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 4) 1. Vertreterin zu 1) Ratsfrau Herma Rudolph
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 5) 2. Vertreterin zu 1) Ratsfrau Margrit Conty
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 6) 1. Vertreter zu 2) Ratsherr Michael Rosenkranz
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -

- 7) 2. Vertreterin zu 2) Ratsfrau Andrea Ahrens
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 8) 1. Vertreter zu 3) Ratsherr Franz Norrenbrock
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -
- 9) 2. Vertreter zu 3) Ratsherr Dieter Reinking
- mehrheitlich bei sechs Enthaltungen -

**Zu 6.1.2 Sanierungsgebiet Kennedy-Viertel
- Beschluss über das Rahmenkonzept**
(Vorlage: 03/0488, Anlage 7)

- einstimmig -

zu 6.2 Jugendhilfeausschuss vom 18.06.2003

zu 6.2.1 Änderung des Vertrages über die Förderung der Kitas des KiB. e.V.
(Vorlage: 03/0353, Anlage 8)

- einstimmig -

zu 6.3 Verkehrsausschuss vom 26.06.2003

zu 6.3.1 Benennung von Straßen – Bebauungsplan W-677 (Achtermöhlen)
(Vorlage: 03/0301, Anlage 9)

Auf die Beratung im Verwaltungsausschuss wird verwiesen.

- einstimmig -

**zu 6.3.2 Ausbau des Hauptverkehrsstraßennetzes und ÖPNV-Vorhaben
- Fortschreibung der GVFG-Dringlichkeitsliste -**
(Vorlage: 03/0348, Anlage 10)

- einstimmig -

zu 6.3.3 Resolution zum Schienenpersonennahverkehr in der Region Oldenburg
(Vorlage: 03/0350, Anlage 11)

Stadtbaurat Dr. Pantel hebt hervor, dass es darauf ankäme, neben einer attraktiven regionalen Verbindung auch eine verbesserte Verbindung zwischen den beiden Oberzentren Bremen und Oldenburg in Zukunft zu gestalten. Dies könne man sich aber - anders als die BSAG - nicht mit der Einbindung in das bremische Straßenbahnnetz vorstellen.

- einstimmig -

zu 6.4 **Ausschuss für Wirtschaftsförderung vom 08.07.2003**

zu 6.4.1 **Erhebung eines privatrechtlichen Entgelts von Seeschiffen und anteilige Erstattung der Kosten für die Entladung und Entsorgung von Schiffsabfällen**

(Vorlage: 03/0373; Anlage 12)

- einstimmig -

zu 6.5 **Werksausschuss Weser-Ems Halle vom 27.08.2003**

zu 6.5.1 **Jahresabschluss des Eigenbetriebes Weser-Ems Halle für das Wirtschaftsjahr 2002**

a) Beschluss über den Jahresabschluss

b) Feststellung des Lageberichtes

c) Entlastung des Werksleiters

(Vorlage: 03/0442, Anlage 13)

- einstimmig -

zu 6.6 **Haushalts- und Finanzausschuss vom 03.09.2003**

Ratsherr Klarmann weist darauf hin, dass im Haushalts- und Finanzausschuss die Vorlage zu TOP 4.1 beraten worden sei. Er bedauert, dass die Vorlage unter dem Punkt Mitteilung des Oberbürgermeisters ohne Beratung abgehandelt wurde.

Oberbürgermeister Schütz sagt zu, dass künftig entsprechende TOPs mit Beratungsmöglichkeit im Rat behandelt würden.

zu 6.6.1 **Kostenspaltung für die Straße Kleenskamp - Planstraße ' F 'Verlängerung**

(Vorlage: 03/0476, Anlage 14)

- einstimmig -

zu 6.6.2 **Aufwandsspaltung für den Deelweg**

(Vorlage: 03/0477, Anlage 15)

- einstimmig -

zu 6.6.3 **Aufwandsspaltung für die Thorner Straße**

(Vorlage: 03/0478, Anlage 16)

- einstimmig -

zu 6.6.4 **Aufwandsspaltung für den Hermann-Allmers-Weg**

(Vorlage: 03/0479, Anlage 17)

- einstimmig -

zu 6.6.5 **Abschnittsbildung und Aufwandsspaltung für die Straße Unterm Berg für den Abschnitt von der Wehdestraße bis zur Messestraße**
(Vorlage: 03/0480; Anlage 18)

- einstimmig -

zu 6.6.6 **Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 EUR für den Erweiterungsbau der Grundschule Ohmstede**

(Vorlage: 03/0435, Anlage 19)

- einstimmig -

zu 6.7 **Werksausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb vom 04.09.2003**

zu 6.7.1 **Jahresabschluss 2002 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Oldenburg**

(Vorlage: 03/0503, Anlage 20)

- einstimmig -

zu 6.8 **Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 04.09.2003**

zu 6.8.1 **Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes W-264 (Theodor-Heuss-Straße/Kennedystraße)**

- Satzungsbeschluss

(Vorlage: 03/0472, Anlage 21)

- einstimmig -

zu 6.8.2 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 11 (Uferstraße)**

- Prüfung der Anregungen

- Satzungsbeschluss

(Vorlage: 03/0444, Anlage 22)

Ratsherr Siek begründet die Versagung der Zustimmung durch die Fraktion für die geplante Anlage für betreutes Wohnen mit der Benachteiligung der dort lebenden Anwohnerinnen und Anwohner. Im 2. und 3. Bauabschnitt, der jetzt verwirklicht werden soll, sei ein zu hoher umbauter Raum vorhanden. Es sei eine zu niedrige Anzahl von Parkplätzen für die späteren Nutzerinnen und Nutzer vorhanden, so dass die ohnehin beschränkt zur Verfügung stehenden öffentlichen Parkplätze noch weiter eingeschränkt würden. Im Übrigen betreibe der Investor eine Art „Salami-taktik“ in dem die Anlage nach und nach vergrößert werde. Auch die Notwendigkeit der Querverbindung zwischen Uferstraße und Hermannstraße sehe die Fraktion nicht.

Ratsherr Adler schließt sich den Ausführungen von Herrn Siek an und ergänzt, dass es Aufgabe des Fachausschusses und des Rates sei, dass Belange des Investors und die öffentlichen Belange gerecht miteinander abgewogen werden. Nicht jedem Wunsch eines Investors müsse unbedingt entsprochen werden. In diesem Falle hätte sich ein dreigeschossiges Gebäude besser in die vorhandene Bebauung eingepasst.

- mehrheitlich bei acht Gegenstimmen -

zu 6.9 Ausschuss für Stadtgrün und Umwelt vom 11.09.2003

zu 6.9.1 Unterschutzstellung von Gehölzbeständen - 4. Nachtragssatzung - Einleitung des Verfahrens nach § 30 NnatSchG

(Vorlagen: 03/0139, 03/139-1 Anlagen 23 und 24)

Ratsherr Siek beantragt, die Zustimmung zur ursprünglichen Vorlage der Verwaltung vom 26.02.2003 (**Änderungsantrag**). Dort seien noch vier weitere Gehölzbestände aufgeführt gewesen, als in der nun vorliegenden geänderten Fassung. Die Eigentümer seien nicht damit einverstanden gewesen, dass „ihre“ Bäume unter Schutz gestellt werden sollen. Es gehe aber nicht an, dass der Eigennutz vor dem Gemeinwohl gestellt werde. Unabhängige Fachleute hätten schließlich die Unterschutzstellung vorgeschlagen.

Ratsfrau Woltemade schließt sich den Ausführungen von Herrn Siek an und weist noch einmal auf den Zweck einer Unterschutzstellung hin.

Ratsherr Reck erinnert an das Scheitern der Baumschutzsatzung und vertritt die Auffassung, dass im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidungen getroffen werden sollte. Er verweist auf die Beratungen im Fachausschuss, die ebenfalls auf ein Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern abzielten. Den Änderungsantrag werde man daher ablehnen.

Ratsfrau Neumann-Gäßler verweist auf die geführten Gespräche und Verhandlungen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Es habe sehr wohl eine Abwägung stattgefunden und auch für die Gehölze, die nun nicht unter Schutz gestellt würden, könne es möglicherweise später noch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Man sei aber dagegen, sich gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

Der **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei acht Gegenstimmen -

Der Verwaltungsvorlage mit der Ergänzung (03/0139-1) wird zugestimmt.

- einstimmig -

Stellvertretender Ratsvorsitzender Reck übernimmt die Sitzungsleitung.

zu 6.9.2 Aufhebung eines Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes 'Wunderburgpark' OL-S 30; Beschluss der Änderungsverordnung

Vorlage: 03/0502

- abgesetzt -

zu 6.9.3 Aufhebung eines Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes 'Hausbäkeniederung' OL-S 70 I; Beschluss der Änderungsverordnung
Vorlage: 03/0506

- abgesetzt -

zu 6.10 Kulturausschuss vom 16.09.2003

zu 6.10.1 Neufassung der Verträge mit der Kulturkooperative Oldenburg e. V., der Kunstschule Klex e. V., der Werkschule e. V. sowie für den Oldenburger Kultursommer
(Vorlage: 03/0408, Anlage 25)

Ratsfrau Scheibert weist auf die besondere Bedeutung aller kulturellen Einrichtungen hin und bedauert, dass die Finanzlage zu immer weiteren Kürzungen in diesem Bereich führe. Sinnvolles werde weggespart, der Rotstift werde inzwischen schon beim Notwendigen angesetzt. Weitere Einsparungen im kulturellen Bereich und auch im Sport seien nicht mehr möglich und würden negative Folgen für die Stadtentwicklung haben. Die kulturellen Einrichtungen seien gerade für Kinder und Jugendliche vor dem Hintergrund der Pisa-Studie wichtig. Jeder Euro, der im Kulturhaushalt gestrichen werde, fehle der Stadt in einem noch höheren Maße an anderen Stellen. Viele Kultureinrichtungen seien auf ehrenamtliche Mitglieder angewiesen, deren Arbeit es zu honorieren gelte. Für dieses Engagement bedanke sie sich bei dieser Gelegenheit. Besonders hebt sie die Arbeit der drei vom Vertrag betroffenen Kultureinrichtungen hervor und unterstreicht dies durch die jeweiligen Besucher- bzw. Nutzerzahlen. Alle Einrichtungen hätten die Kürzungen zwar mit großen Bedenken aber auch mit Verständnis aufgenommen und trügen mit eigener Kraft, z. B. durch Eintrittsgelder und auch Sponsoren dazu bei, das Niveau zu halten. Sie dankt für das Verständnis und auch der Verwaltung für die offenkundig nicht immer einfachen Vertragsverhandlungen. Die CDU-Fraktion warne vor weiteren Kürzungen und stimme dem Beschlussvorschlag schweren Herzens zu.

Ratsherr Schwartz ist erfreut über die vorliegenden Vertragsentwürfe, die trotz der Kürzungen eine gewachsene und solide Infrastruktur in der Kulturlandschaft erhalte und mit Leben fülle. Besonderen Dank spricht er der Kulturdezernentin und der Kulturverwaltung für die nicht immer leichten Vertragsverhandlungen aus. Die Öffnungsklausel sei für seine Fraktion sehr wichtig gewesen und auch die Planungssicherheit für die Vertragspartner. Ein weiteres kulturpolitisches Faktum sei der Erhalt der beiden Kinder- und Jugendtheater Widu und Wrede.

Ratsherr Nehring weist darauf hin, dass die Verträge im Klartext für alle drei Einrichtungen eine eindeutige Verschlechterung bedeute. Dies sei auf die sehr angespannte Haushaltssituation mit manchmal sogar drohendem Haushaltskollaps zurückzuführen. Hilfe von Bund oder Land sei nicht zu erwarten, man müsse sich selbst helfen, indem man sich einschränke und Kürzungen in allen Bereichen, bis hin zur Grenze des Erträglichen, vornehme. Im Kulturbereich habe sich eine nicht akzeptable Verzerrung ergeben. Es könne nicht hingenommen werden, dass städtische Einrichtungen von Schließung bedroht seien und andere Einrichtun-

gen von der Kürzung ausgeschlossen seien. Die Risikoverteilung der Kürzungen müsse gemeinsam getragen werden. Die Politik sei nur für die Rahmenbedingungen zuständig, wobei der Rahmen insgesamt enger zu ziehen sei. Leicht gerate man in Gefahr, über den zur Verfügung stehenden Etat für die einzelnen Einrichtungen in tiefgreifende inhaltliche Fragen einzugreifen. Dieser Gefahr sei man aber nicht erlegen, denn man habe mit den Einrichtungen Einvernehmen über das Vertragswerk in langen gemeinsamen Verhandlungen erzielt. Er dankt den Einrichtungen im Namen der Fraktion für die Bereitschaft und Kooperation und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Insgesamt würden dadurch 68.200 € jährlich eingespart. Die Fraktion stimme den Verträgen mit der Öffnungsklausel und den Vertragslaufzeiten zu.

Ratsfrau Flemming-Schneider bedauert ebenfalls die notwendigen Kürzungen, wobei sie aber positiv bewertet, dass es überhaupt zu den Verträgen gekommen ist. Sie bedankt sich bei Allen, die an diesem Ergebnis gearbeitet haben. Weniger Kurse und Angebote seien zwar bedauerlich, weniger müsse aber nicht gleich schlechter sein, sondern könne auch qualitativ besser sein. Darauf lege sie die Hoffnung, auch in anderen Bereichen, wie z. B. im Sport.

Ratsherr Adler wendet sich gegen die Aussage, man könne sich mit Kürzungen und Einsparungen nur selbst helfen, um etwas an der finanziellen Misere der öffentlichen Haushalte zu ändern. Es müsse eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen erreicht werden. Der Bund sei generell in der Pflicht. Die nun vorgesehenen Kürzungen im Kulturbereich führten zu keiner Lösung und seien lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Man werde der Vorlage daher nicht zustimmen. Die Verhandlungen der Kulturdezernentin, die immerhin dazu geführt hätten, dass die Kürzungen z. B. bei der Kunstschule Klex auf 10 % begrenzt werde und sofern durch sie auch Schadensbegrenzung betrieben wurde, wolle man allerdings mit einer Enthaltung honorieren.

- mehrheitlich bei zwei Enthaltungen -

zu
6.10.2

Satzungsänderung Stadtmuseum (Eintrittspreise)
(Vorlage: 03/0424, Anlage 26)

Ratsfrau Scheibert erläutert die mit der Satzungsänderung vorgesehenen Veränderungen; insbesondere die Veränderungen der Preise und das Verbundticket. Sie stellt die alten und neuen Preise konkret dar und bewertet die Steigerungen als insgesamt noch moderat. Besonders hebt sie die Museumsarbeit mit Kindern hervor und die Bedeutung des Museums für Stadt und Region. Im Übrigen sei Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik, deren wirtschafts- und bildungspolitische Dimension nicht zu unterschätzen sei. Mit dem Verbundticket würden die regionalen Bindungen noch gestärkt werden. Sie hoffe, dass dies auch zur Steigerung der Besucherzahlen beitragen werde. Die Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsherr Schwartz erinnert, dass es hier nicht direkt um die Einführung eines Verbundtickets gehe sondern um eine Satzungsänderung, wobei der Beschluss aber das Verbundticket beinhalte. Er wolle daran erinnern, dass seine Fraktion bereits vor 4 Jahren das Verbundticket vorgeschla-

gen habe. Man könne anhand der inzwischen verstrichenen Zeit ersehen, wie schwierig es sei, Verwaltungseinheiten aus verschiedenen Ebenen auf einen Nenner zu bringen. Nach wie vor favorisiere die Fraktion, die Kultur, insbesondere die Museen aus der Verwaltung auszugliedern und sie zu verselbständigen. Ein erster Schritt sei getan. Er hoffe, dass das Verbundticket künftig noch auf weitere Einrichtungen, z. B. die Kunsthalle Emden und Bremen ausgeweitet werden könne, um die nordwestliche Kulturlandschaft noch attraktiver zu machen.

Ratsherr Nehring stellt die zwei Motive heraus, die zur Satzungsänderung führten, nämlich das Verbundticket und die neue Preisgestaltung mit der Anpassung an das Preissystem. Erschreckt habe ihn allerdings zuerst die Preissteigerung für die Führung von Schulklassen, wobei aber zu berücksichtigen sei, dass nun das Material und die Eintrittsgelder in der Pauschale enthalten seien. Die Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

- mehrheitlich bei zwei Enthaltungen -

Ratsvorsitzender Nehring übernimmt die Sitzungsleitung.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

zu 7.1 Resolution gegen die Streichung von Studiengängen und Fächern an der Carl-von-Ossietzky-Universität (PDS-Fraktion vom 24.08.2003) (Vorlagen: 03/0574 und **03/0574-1**, Anlagen, 27, 28, 29 und **30**)

Ratsvorsitzender Nehring weist darauf hin, die Verwaltung habe einen aktualisierten Textvorschlag als **Tischvorlage** vorgelegt (**Anlage 30**).

Ratsfrau Woltemade begründet den Antrag der Fraktion unter anderem damit, dass Herr Prof. Dr. Grubitzsch voreilig auf die vom Wissenschaftsministerium angekündigten Kürzungen reagiert habe, in dem er den Abbau ganzer Studiengänge erklärt habe. Sie begrüßt es, dass auch die Verwaltung der Meinung sei, dass die Universität und die Region großen Schaden nehme. Man solle sich aber für den Erhalt von allen Studiengängen und Fächern einsetzen und den Schwerpunkt nicht nur auf den Sport legen, wie die Verwaltung es mit ihrem Resolutionstext vorsehe. Sie verweist daher auf den ursprünglichen Resolutionstext ihrer Fraktion und verliest den vollständigen Text (Anlage 28). Sie selbst sei betroffen von den Kürzungen und freue sich, dass man sich in der vorangegangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses auf einen gemeinsamen Resolutionstext einigen konnte.

Ratsfrau Müller kritisiert, dass vor dem Hintergrund eines bereits abgestimmten gemeinsamen Resolutionstextes die ursprüngliche Version noch verlesen wurde.

Oberbürgermeister Schütz begründet den Textvorschlag der Verwaltung mit der großen Bedeutung, die die Universität für die ökonomische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt habe und der großen Betroffenheit der Streichungsvorschläge für die Universität als auch für die Nordwest-Region. Er erinnert an die bedeutsamen Spin Offs, wie OFFIS. Lediglich 1/10 der Landes- und Bundesmittel für die Forschung würden in den Nor-

den fließen, was auch daran läge, dass die bedeutenden Forschungseinrichtungen im Süden Deutschlands angesiedelt seien. Man habe im Norden erheblichen Nachholbedarf, so dass die Streichung an den wenigen, aber wichtigen Ressourcen fatale Auswirkungen für die Region habe. Der von der Verwaltung vorgelegte Resolutionstext lehne sich stark an die Senatserklärung der Universität an, auch um die Solidarität zu verdeutlichen. Aus dem Textvorschlag der PDS-Fraktion werde, so habe auch der Verwaltungsausschuss sich ausgesprochen, eine Passage ergänzt. Im vorletzten Absatz müsse es heißen:

„Der Rat spricht dabei die Bereiche Psychologie, Soziologie, Landschaftsökologie und Technische Bildung an und stellt hierbei die Verdienste der Sportwissenschaften für das Oldenburger Sport- und Freizeitwesen besonders heraus“:

Ihm sei sehr daran gelegen, dass die geplanten Strukturveränderungen im Sportbereich nicht realisiert würden. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Schreiben von Herrn Prof. Dr. Werner Schmidt, Präsident der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft, der die besondere Bedeutung des wissenschaftlich renommierten Sportinstituts in Oldenburg hervorhebe und auch gegenüber dem Ministerium die Schließung moniere. Auch die Sportvereine seien in ihrer Leistungsfähigkeit wesentlich geschwächt, wenn die zurzeit ca. 90 aktiv tätigen Sportstudierenden nicht mehr zur Verfügung ständen. Im Übrigen halte er aber die Einschätzung von Prof. Dr. Grubitzsch, der seine Vorstellungen am 29.09.03 gegenüber dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung noch einmal konkret darlegen werde, für richtig, dass insbesondere eine Profilbildung erfolgen müsse. Allerdings dürfe es auch keinen Kahlschlag bei den traditionellen Fächern geben. Er habe aber den Eindruck, dass die Resolution von allen Fraktionen gemeinsam getragen werde und wolle sich dafür bedanken.

Ratsherr Schwartz begrüßt den vorgelegten Resolutionstext, der offensichtlich von allen Fraktionen mit getragen werde. Die Einsparzwänge in den öffentlichen Haushalten seien zwar groß, aber ob vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Pisa-Studie gerade im Bildungsbereich gespart werden müsse, mehr als fraglich. Das von der Landesregierung mit „Hochschuloptimierungsprogramm“ bezeichnete Verfahren sei keine Reform sondern nichts anderes als eine drastische Kürzung bei den Hochschulen insgesamt. Die Fraktion habe ein hohes Interesse an einer konstruktiven Weiterentwicklung der Universität Oldenburg. Auch der Kooperationsvertrag verpflichte die Stadt zu einer Solidarisierung mit der Universität. Die Nordwest-Region sei in der Bildungspolitik immer stiefmütterlich behandelt worden. Dies könne nicht weiter hingenommen werden. Im Übrigen sei die Universität auch ein großer Arbeitgeber und es drohe im Falle der Kürzungen weiterer Kaufkraftverlust für die Stadt und der Fortbestand der An-Institute. Über die Befürchtungen des OTB und die fundamentale Gefährdung des Sportstättenangebots durch die Universität habe man bereits in der Presse lesen können. Die Stadt könne nicht einspringen, wenn es z. B. um den Erhalt der wichtigen Wasserfläche des Uni-Bades gehe. Nicht zu unterschätzen sei auch die Bedeutung der Rekrutierung der ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer aus dem Universitätsbereich für die Struktur der Sportvereine. Neben der Sportwissenschaft sei schließlich auch der Bereich der Sozialwissenschaften in seiner Substanz gefährdet. Vor all diesen Hintergründen schließe man sich den Protesten gegen die beabsichtigten Streichungen an und fordere zudem, dass die Stadt als Kooperationspartner der Universität in die Überlegun-

gen des Senats der Hochschule selbst einbezogen werde. Vor diesem Hintergrund begrüßt er, dass man anlässlich der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung Gelegenheit habe, sich mit dem Präsidenten der Universität abstimmen zu können.

Ratsfrau Multhaupt begrüßt das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen und stellt heraus, dass es Sympathien für beide Resolutionsentwürfe gäbe. Die PDS-Fraktion habe wichtige Aspekte im Resolutionsvorschlag herausgearbeitet, nämlich, dass es nicht angehen könne, die Leuchttürme herauszustellen, sondern die Reformuniversität als Ganzes gesehen und erhalten werden müsse. Auch die Ausführungen des Oberbürgermeisters hätten deutlich gemacht, dass um jeden Studiengang gekämpft werden müsse. Das Thema müsse im Fachausschuss weiter vertieft werden und dürfe nicht mit der Resolution beendet sein. Besonders wichtig sei ihr, dass die Universität Oldenburg als Reformuniversität nicht mit anderen großen Universitäten gleichzusetzen sei. Gerade in einer solchen Situation sei die Universität auf weitere Zuschüsse angewiesen. Sie appelliert insbesondere an die CDU-Fraktion auf den Wissenschaftsminister entsprechend einzuwirken und den besonderen Bedarf der Reformuniversität herauszustellen.

Ratsherr Adler erklärt, die Fraktion nehme den Resolutionstextvorschlag zu Gunsten der nun gemeinsam abgestimmten Version zurück. Dies ändere aber nichts daran, hier und da eigene Akzente zu setzen. Darum habe man die ursprüngliche Resolution ausdrücklich verlesen. Es ginge zum einen darum, sich gegen die Kürzungsvorgaben des Landes zu stellen, wobei eine abgestimmte Resolution der Stadt Oldenburg gerade gegenüber Herrn Minister Stratmann, der sich offenbar nicht durchsetzen könne, sehr wichtig sei. Zum Anderen kritisiere er auch das Verhalten von Herr Prof. Dr. Grubitzsch, der im Wege des vorauseilenden Gehorsams Kürzungsvorschläge gemacht und einzelne Studiengänge genannt habe, statt sich vor die Universität zu stellen und gemeinsam zum Widerstand gegen die Kürzungspolitik aufzurufen.

Ratsherr Klarmann erläutert, die CDU-Fraktion werde mit Blick auf die Kommunalpolitik der Resolution ebenfalls zustimmen. Bedauerlich findet er das Verfahren, denn er habe sich gewünscht, man hätte im Vorfeld im Fachausschuss mit Herr Prof. Dr. Grubitzsch die Thematik besprechen können und dies nicht erst für die nächste Woche terminiert. Er hoffe, dass man für die Universität Oldenburg mit dieser Resolution noch etwas erreichen könne.

Ratsfrau Scheller führt aus, dass der Bund das Problem erkannt habe, in dem er die Mittel für die Grundlagenforschung erhöht habe. Das Land aber arbeite mit den Kürzungen kontraproduktiv gegen die Pläne des Bundes. Notwendige Streichungen könnten ihrer Ansicht nach nur erfolgen, wenn dies mit einem niedersächsischen Hochschulentwicklungsprogramm konform ginge und in sämtlichen Fachbereichen und Fakultäten Effizienzprüfungen vorgenommen werden würden. Außerdem sei zu berücksichtigen, in welchen Fachbereichen weitere Drittmittel akquiriert werden könnten. Die Fraktion sei erfreut, dass man es in Kooperation mit allen Parteien geschafft habe, im Sinne der Stadt eine abgestimmte Resolution zu verabschieden, auch wenn die Fraktion in diesem Zusammenhang die herausgehobene Stellung des Sports kritisch gesehen habe.

Ratsherr Harzmann weist darauf hin, man habe bei der Ergänzung den Fachbereich Politikwissenschaften offenbar vergessen und bittet darum, dies mit zu berücksichtigen.

Die Resolution wird mit den besprochenen Ergänzungen beschlossen.

- einstimmig -

zu 7.2 **Resolution gegen eine geplante Abschaffung der Nds. Zweckentfremdungsverordnung von Wohnraum (Bündnis 90/Die Grünen vom 27.08.2003)**

(Vorlage: 03/0550, Anlagen 31 und 32)

Ratsfrau Diederich erläutert den Antrag der Fraktion. Bisher habe es in Oldenburg immer Konsenz gegeben, dass man die Verordnung brauche, da man in der Stadt besondere, nicht mit anderen Städten vergleichbare Strukturen habe. Sie bittet um Unterstützung des Antrages.

Ratsvorsitzender Nehring weist auf den von der Verwaltung vorgelegten Bericht zum Fraktionsantrag hin.

Ratsherr Krummacker ist der Auffassung, der Antrag zielt gar nicht auf die Sicherung von Wohnraum für sozial Bedürftige ab, worum es aber bei der Verordnung gehe, sondern im Wesentlichen um die Verhinderung der Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum. Offenbar wolle man die Verordnung zweckentfremden, um damit Bauleitplanung zu betreiben. Die Verordnung insgesamt habe sich überholt und sei überflüssig. Eine Regulierung sei auch mit anderen Maßnahmen möglich. Er frage sich, wie die Fraktion die Bundespolitik unterstütze, deren Ziel es ja sei, die Existenzgründer und Ich-AGs zu unterstützen. Die Zweckentfremdungsverordnung erschwere gerade für diesen Personenkreis die Umsetzung ihrer Pläne. In anderen Bundesländern habe man diese Verordnung schon längst außer Kraft gesetzt. Es spreche Vieles dafür, die Resolution nicht zu verabschieden. Im Übrigen habe der Niedersächsische Landtag bereits am 18.09.2003 beschlossen, die Verordnung zum 01.01.2004 abzuschaffen. Aus diesem Grunde stelle er nunmehr einen Antrag auf Nichtbefassung.

Ratsvorsitzender Nehring weist darauf hin, dass er trotz des Geschäftsordnungsantrages eine weitere Diskussion zulasse.

Ratsherr Rosenkranz zieht Parallelen zwischen einer Resolution und einer Dienstaufsichtsbeschwerde und bewertet sie als überwiegend fruchtlos. Seine Fraktion habe bereits schon früher aus ordnungspolitischen Gründen die Abschaffung der Zweckentfremdungsverordnung gefordert. Es sei erfreulich, dass die Landesregierung hier nun aktiv geworden sei. Ziel der Verordnung sei gewesen, Wohnungsmangelsituationen zu verhindern, wobei dann knapper Wohnraum zweckentfremdet werden könne, z. B. durch Gewerbetreibende oder Freiberufler. Das zeige aber auf, dass damit offenkundig keine kleineren Wohnungen, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Antrag in den Vordergrund stelle, freigehalten werden können, denn welcher Gewerbetreibende würde sich in einer Ein- oder Zweizimmerwohnung niederlassen wollen. In der Regel seien große-

re Wohnungen in einem hohen Preissegment betroffen. Auch verkenne die Begründung des Antrages die aktuelle Bevölkerungsentwicklung. Künftig würden immer mehr Wohnungen leer stehen. In diesem Land dauert es oftmals länger, bis längst überholte Regelungen an neue Sachverhalte angepasst würden. Andere Bundesländer seien dort schon weiter. Im Übrigen biete das Bauplanungs- und Ordnungsrecht bereits ausreichend Eingriffsmöglichkeiten

Ratsfrau Burdick verweist auf die mehrfache Behandlung der Thematik im Fachausschuss und schließt sich den Ausführungen von Herrn Krummacker an. Der Antrag sei obsolet.

Ratsherr Siek informiert, dass nach seiner Kenntnis die Abschaffung der Zweckentfremdungsverordnung noch nicht im Plenum verabschiedet worden sei und geht davon aus, dass damit der Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion ins Leere gehe. Zu den Ausführungen der CDU-Fraktion wolle er darauf hinweisen, dass Oldenburg als eine der wenigen Städte weiterhin Zuwächse, vor allem von jungen Familien, zu verzeichnen habe und der Bedarf an Wohnraum für Single steige. Natürlich sei es Sinn der Zweckentfremdungsverordnung Wohnraum für sozial schwache Familien zu schaffen. Allerdings seien Veränderungen in den Strukturen und Verkehrsströmen sowie Leerstände die Folge. Es gelte daher auch, gerade in innenstadtnahen Bereichen die Umnutzung von Wohnraum für investitionsstarke Branchen, z. B. Arztpraxen u. ä. zu verhindern und Anwohner durch die damit verbundenen Verkehrsströme und Parkraumprobleme zu schützen. Sollte es allerdings so sein, dass der Landtag die Abschaffung der Zweckentfremdungsverordnung beschlossen habe, bitte er die Verwaltung darzustellen, ob und wie es möglich sei, über bauordnungsrechtliche Vorschriften Einfluss zu nehmen, um besonders betroffene Gebiete zu schützen und den besonderen Charakter Oldenburgs zu bewahren. Dies sei vermutlich nicht ohne Kosten für die Stadt zu regeln.

Ratsherr Adler stützt sich auf die Vorlage der Verwaltung und weist darauf hin, dass die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum weiter steige. Daher wäre es aus der Sicht Oldenburgs nur konsequent, sich für den Erhalt der Verordnung auszusprechen.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über den Antrag auf Nichtbefassung abstimmen.

- mehrheitlich bei acht Gegenstimmen -

zu 7.3 **Akteneinsicht zur geplanten Sportarena (Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.2003)**
(Anlage 33)

Die beantragte Akteneinsicht durch Ratsherrn Siek wird einstimmig festgestellt.

Nehring
Ratsvorsitzender

Reck
stv. Ratsvorsitzender

Schütz
Oberbürgermeister

Jerke
Protokollführer